



Die Arktis

Eine facettenreiche und sich wandelnde Region

PETRA DOLATA
September 2015

- Die Arktis umspannt **kein homogenes** Gebiet sondern besteht aus **vielen unterschiedlichen** Regionen. Natürliche Gegebenheiten und historische Entwicklungen sowie politische, wirtschaftliche und soziale Umstände variieren innerhalb dieses geografischen Raumes und deshalb nimmt die Arktis einen ganz unterschiedlichen Stellenwert in der Innen- und Außenpolitik der jeweiligen arktischen Staaten ein.
- Während **globale Entwicklungen** wie beispielsweise niedrige Rohstoffpreise und Klimawandel direkte Auswirkungen auf die Arktis haben, bleibt sie gleichzeitig ein **einzigartiger politischer Raum**, der kaum durch aktuelle geopolitische Feindschaften außerhalb der Region beeinflusst wird. Der doppelte global-regionale Charakter der Arktis erschwert Diskussionen darüber, wer die politisch legitimen Akteure sind und umfasst Insider und Outsider der Region sowie staatliche und nicht-staatliche Akteure, die alle politische Befugnis für sich beanspruchen.
- Es gab bislang weder ein **Wettrennen um** noch ein **Ansturm auf Rohstoffe und Territorium**. Seit 2007, als auf dem Meeresboden des Nordpols eine russische Metallflagge platziert wurde und zu einem weltweiten Medieninteresse führte, sind eine Reihe von Abkommen unterzeichnet worden, die zu einer **verbesserten Sicherheitslage** und **zunehmender Kooperation** geführt haben. Eine der wichtigsten Institutionen ist immer noch der zwischenstaatliche, zirkumpolare **Arktische Rat**, der sich momentan von einer funktionalistischen Organisation ohne rechtlich bindende Regelungen zu einer Einrichtung mit umfassenderen Kompetenzen und dauerhaften Verwaltungsstrukturen wandelt.



Inhalt

Einleitung	3
1. Nicht eine Arktis sondern viele	3
2. Arktischer Exzeptionalismus?	4
3. Wo bleibt das arktische Wettrennen?	5
4. Neue Sicherheitslandschaft und zukünftige Herausforderungen	7

Einleitung

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Arktis als geopolitischer Raum wieder an Bedeutung gewonnen. Klimawandel und die Suche nach fossilen Rohstoffen zu einer Zeit, da man glaubte, der Westen würde bald kein Öl mehr haben, führten zu einem erhöhten Interesse an der Region. Berichte darüber, dass aufgrund des schmelzenden Polareises der Arktische Ozean leichter zugänglich würde, wurden noch bedeutsamer, als im Jahre 2008 der US-amerikanische Geologische Dienst (USGS) eine Studie (Circum-Arctic Resource Appraisal) herausgab, die schätzte, dass 13 Prozent der weltweit noch zu erwartenden Ölfunde und bis zu 30 Prozent der Erdgasfunde in der Arktis lagern könnten. Während die Schieferrevolution in den USA sowie niedrige Ölpreise die Förderung in der Arktis zurzeit wenig attraktiv erscheinen lassen, betrachten die Ölfirmen die arktischen Vorkommen als eine gewinnversprechende Option für die Zukunft. Da sich die Auswirkungen des Klimawandels immer mehr in der Arktis manifestieren, wird die Arktis auch weiterhin in den Nachrichten bleiben. Ihre geopolitische Bedeutung wird so schnell nicht verschwinden. Genauso wie Veränderungen dazu führten, dass die Welt ihr Augenmerk auf die Arktis richtete, unterlagen Politik und Wirtschaft in der Region selbst einem Wandel, der teilweise zu einer Neudefinition potentieller Herausforderungen geführt hat.

1. Nicht eine Arktis sondern viele

Obwohl die Arktis insgesamt als ein geopolitischer Raum an Bedeutung gewonnen hat und die USA ihren momentanen Vorsitz des Arktischen Rates dem Thema »Eine Arktis« gewidmet haben, ist es wenig hilfreich, diesen Raum als ein homogenes, zusammenhängendes Gebiet zu begreifen. Anstatt von *der* Arktis zu sprechen sollte man erkennen, dass es mehrere bzw. unterschiedliche arktische Regionen gibt. Natürliche Gegebenheiten und historische Entwicklungen sowie politische, wirtschaftliche und soziale Umstände variieren innerhalb dieses geografischen Raumes und deshalb nimmt die Arktis einen ganz unterschiedlichen Stellenwert in der Innen- und Außenpolitik der acht arktischen Staaten (Kanada, Dänemark/Grönland, Island, Finnland, Norwegen, Russland, Schweden, USA) ein.

Diese Staaten unterscheiden sich in dem Grad der Erreichbarkeit ihrer arktischen Gebiete. Klima und Geologie führten dazu, dass die europäische, nordische Arktis (mit Ausnahme von Grönland) zugänglicher geworden ist als die nordamerikanische Arktis, oder Grönland und der Osten Russlands. Den letzteren Regionen mangelt es an Infrastruktur wie beispielsweise Straßen, Schienen und Pipelines, so dass viele Gemeinden sehr abgeschieden sind. Als Konsequenz nimmt wirtschaftlicher Aufschwung hier langsamer an Fahrt auf als in den zugänglicheren arktischen Regionen in Nordnorwegen, Finnland, Schweden, Island und Westrussland. Zudem unterscheiden sich die Regionen demografisch signifikant. In manchen Ländern machen die Bewohner der jeweiligen arktischen Regionen nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung aus. Laut des sogenannten Arctic Human Development Report lebten 2004 lediglich 0,4 Prozent der Kanadier und 0,2 Prozent der US-Amerikaner in der kanadischen Arktis beziehungsweise Alaska. In Norwegen liegt die Zahl bei zehn Prozent und in Island bei 100 Prozent. Neben diesen quantitativen Divergenzen unterscheidet sich auch die Zusammensetzung der arktischen Bevölkerung. Während 88 Prozent der Grönländer und rund 50 Prozent der kanadischen Arktisbewohner Mitglieder indigener Gruppen sind, ist diese Zahl in anderen Regionen wesentlich geringer. Beispielsweise sind nur 15 Prozent der Bewohner Alaskas indigen und Island hat keinerlei indigene Bevölkerungsgruppen. Dies mag auch erklären, warum die kanadische Regierung während ihres Vorsitzes des Arktischen Rates von 2013 bis 2015 indigenen Themen einen größeren Stellenwert eingeräumt hat.

Zweitens, aufgrund der oben genannten klimatischen und geologischen Bedingungen nimmt die Arktis eine unterschiedliche Bedeutung in der jeweiligen Innenpolitik und bei der Konstruktion nationaler Identitäten an. Für Kanada und Russland nimmt die Arktis historisch einen hohen Stellenwert in der Nationalgeschichte ein. Obwohl prozentual nur wenige Kanadier (0,4 Prozent) und Russen (1,4 Prozent) in der Arktis leben, sind arktische Themen hochpolitisch und die jeweilige Außenpolitik beider Staaten ist der Verteidigung arktischer Souveränität gewidmet. Demgegenüber verfügen beispielsweise die USA oder Schweden nur über sehr schwach ausgebildete arktische Identitäten. Diese Unterschiede können auch auf andere Politikbereiche erweitert werden. Arktische Öl- und Gasexploration genießt nicht überall in der Arktis die gleiche wirtschaftliche Bedeutung. So produzieren Norwegen und Russland eine größere Menge Öl und

Gas in der Arktis, während in Kanada zurzeit kommerziell kein Öl im arktischen Ozean gefördert wird und die verbleibende arktische Produktion auf dem Festland nur einen Bruchteil der kanadischen Gesamtproduktion ausmacht. Behauptungen, dass »die Arktis eine energierohstoffreiche Region« sei, treffen so nicht zu. Wenn man die Schätzungen des US-geologischen Dienstes genauer betrachtet, wird schnell klar, dass die zu erwartenden Öl- und Gasreserven nicht gleichmäßig verteilt in der Arktis liegen, sondern hauptsächlich im Beaufort- und Chukchi-Meer, sowie im Barents- und Kara-Meer. Staaten ohne Küste am Arktischen Meer wie Island richten ihr Augenmerk auf andere wirtschaftliche Wachstumsbereiche wie beispielsweise die Errichtung eines Umschlagsplatz für den erwarteten potentiellen Transportboom.

Drittens gibt es in der Arktis sowohl maritime als auch Festlandgebiete. Gemäß des Seerechtsübereinkommens (SRÜ) der Vereinten Nationen genießen souveräne arktische Staaten das exklusive Recht, Rohstoffe innerhalb ihrer Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die 200 Seemeilen ins Meer hinausreicht, auszubeuten. Da der arktische Ozean von arktischen Küstenstaaten umgeben ist, verbleibt in der Mitte ein rundes Gebiet, welches als internationales Gewässer betrachtet wird. Wie weiter unten näher ausgeführt wird, sind die Arktisanrainer dabei, ihre 200-Seemeilen AWZ zu verlängern und somit das verbleibende internationale Gebiet in der zentralen Arktis noch zu verkleinern. Die Unterscheidung zwischen nationaler Zuständigkeit und internationalem Gewässer ist auch deshalb bedeutsam, weil sie deutlich macht, wie die verschiedenen arktischen und nicht-arktischen Akteure die Arktis als geopolitischen Raum betrachten. Es überrascht kaum, dass arktische Staaten von ihrem souveränen Territorium über die AWZ zum Nordpol hoch sehen und somit das internationale Gebiet erst sehr spät und als peripher registrieren. Im Gegensatz dazu schauen eine Reihe von nicht-arktischen Staaten zunächst zum internationalen Nordpol, bevor sie dann in der Peripherie des Nordpols souveräne Staaten erkennen, die am Rande dieses internationalen Raumes liegen. Diese divergierenden Perspektiven haben teilweise zu unterschiedlichen Interpretationen darüber geführt, wer legitimer politischer Akteur in der Region ist: lediglich diejenigen, deren Territorium geografisch in der Arktis liegt oder auch alle, die an der Region Anteil haben, weil sie gleichzeitig internationales Gewässer ist. Neben diesen Divergenzen zwischen Arktis- und Nichtarktistaaten könnten die Unterschiede zwischen den einzelnen arktischen Staa-

ten in Zukunft dazu führen, dass es schwieriger wird, Entscheidungen im Arktischen Rat zu treffen, da diese im Konsens und einstimmig getroffen werden müssen.

2. Arktischer Exzeptionalismus?

Während globale Entwicklungen wie beispielsweise niedrige Rohstoffpreise sich auf die Arktis auswirken, ist die Arktis gleichzeitig ein einzigartiger politischer Raum, der von geopolitischen Spannungen außerhalb der Region kaum berührt wird. Externe Faktoren wie Klimawandel und Anstieg der Ölpreise von 2004 bis 2008, die zu warnenden Diskussionen über das sogenannte Peak-Öl, d. h. das Erreichen eines globalen Ölfördermaximums, führten und noch durch die rasant steigende Nachfrage in China und Indien verschärft wurden, rückten die Arktis wieder ins internationale Rampenlicht. Jedoch spiegelt die Arktis nicht nur globale Ereignisse wider. Dass die Arktis eigenen politischen Gesetzen unterliegt, kann man etwa daran erkennen, dass Russland trotz der Ereignisse in der Ukraine und den damit verbundenen Sanktionen, die vor allem auch russische Kooperationsprojekte mit westlichen Ölfirmen treffen, weiterhin im Arktischen Rat kooperiert und internationalen Normen bei der Sicherung seiner Souveränität in der Arktis folgt. Diesen arktische Exzeptionalismus kann man auch in den Spannungen zwischen Kanada und der EU erkennen, die trotz der ansonsten sehr guten transatlantischen Beziehungen weiterbestehen. Als Reaktion auf das europäische Verbot von Robbenprodukten hat Kanada bislang die Bewerbung der EU, als ständiger Beobachter in den Arktischen Rat aufgenommen zu werden, blockiert.

Die Vorstellung, dass die Arktis eine einzigartige Region mit ihren eigenen Gesetzen ist, veranlasste einige arktische Staaten dazu, exklusive politische Legitimität für sich zu beanspruchen. Doch der Klimawandel ist auch ein transnationales und globales Phänomen. Und auch wenn der internationale Raum in der hohen Arktis nur ein kleiner ist, gibt es ihn doch und er unterliegt internationalen Regimes wie dem SRÜ oder der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation, die gerade mit dem sogenannten Polar Code verpflichtende Vorschriften für polare Gewässer verabschiedet hat, die 2017 in Kraft treten sollen. Zudem kommen viele der ökonomischen Akteure aus nicht-arktischen Staaten. Dies gilt besonders für die Bereiche der Schifffahrt und der Rohstoffförderung. Angeführt von Greenpeace fokussieren internationale

Nichtregierungsorganisationen ihre Arbeit auf die Arktis und fordern, dass Öl und Gas im arktischen Meeresboden nicht gefördert werden soll. Zu den selbstdeklarierten »fast arktischen Staaten,« die Interesse an der Region anmelden, gehören Großbritannien und China. Staaten mit langer Forschungstradition wie beispielsweise Deutschland und Frankreich sehen sich ebenso als externe arktische Interessenvertreter. Allerdings sind diese arktischen Interessen häufig einer generellen Polarpolitik unterworfen, die sowohl die Arktis als auch die Antarktis umfasst. Eine solche Strategie untergräbt den Exzeptionalismus der Arktis.

Der doppelte, global-regionale Charakter der Arktis erschwert Diskussionen darüber, wer die legitimen Akteure sind. Diese reichen von Insidern zu Outsidern der Region sowie von staatlichen zu nicht-staatlichen Protagonisten. Sie alle beanspruchen für sich politische Befugnis. In letzter Zeit schauen die arktischen Staaten vor allem besorgt auf China und seine arktischen Bestrebungen. China ist vor allem an den Rohstoffen der Region sowie den Schifffahrtswegen interessiert und chinesische Firmen sind bereits in Island und Grönland präsent. Allerdings stellt die Arktispolitik keinen Schwerpunkt in Chinas Außenpolitik dar und ist in eine umfassendere Polarpolitik eingebettet. Zudem respektiert China die Souveränität der Arktisanrainer und ist in den letzten Jahren in seinen Verlautbarungen hinsichtlich der Arktis auch kooperativer aufgetreten. 2013 wurde China neben Indien, Italien, Japan, Korea und Singapur offizieller Beobachterstaat im Arktischen Rat.

Sogar innerhalb der arktischen Staaten wird eine Insider/ Outsider Diskussion geführt. Ein gutes Beispiel dafür liefert der Bundestaat Alaska, der mehr Einfluss bei der US-amerikanischen Bundesregierung in der Arktispolitik fordert, gerade jetzt, da die USA den Vorsitz im Arktischen Rat innehaben. Alaska hat auch den Staat Washington im Visier, da dieser die Vergabe von föderalen Bohrlizenzen in der Arktis kritisiert. Das Argument der politischen Vertreter Alaskas ist simpel: nur Menschen, die in der Arktis leben, wissen am besten, was gut für sie und die Region ist und haben als einzige die politische Legitimität, dies zu entscheiden. Die Übertragung von mehr Rechten auf regionale Verwaltungsstrukturen wird ein bedeutender Aspekt arktischer Politik in Kanada, den USA und Dänemark/Grönland bleiben. Es kann allerdings auch passieren, dass arktische Staaten sich in Zukunft mehr auf die nationale Gewaltenebene rückbesinnen

und mehr Macht an sich ziehen, wenn sie sich immer häufiger Anfechtungen ihrer Autorität von innen und außen ausgesetzt sehen. Dies könnte zum Nachteil der indigenen und arktischen Bevölkerung sowie der nicht-arktischen Interessengruppen geschehen.

3. Wo bleibt das arktische Wettrennen?

Als 2007 eine russische Metallflagge auf dem Meeresboden am Nordpol aufgestellt wurde, prognostizierten viele Berichterstatter ein Wettrennen um Rohstoffe und Territorium. Allerdings hat bislang weder dieser Ansturm stattgefunden noch sind die Beziehungen der arktischen Staaten durch Konflikte gekennzeichnet gewesen. Stattdessen geloben sie, die bestehenden internationalen und zirkumpolaren Regime wie das SRÜ und den Arktischen Rat zu befolgen und haben in der Zwischenzeit eine Reihe von Abkommen verabschiedet, die zu einer verbesserten Sicherheitslage geführt haben. Zwei dieser Abkommen wurden bei den alle zwei Jahre stattfindenden amtlichen Treffen des Arktischen Rates beschlossen. 2011 verabschiedeten die acht Mitgliedsstaaten eine Vereinbarung zur »Suche und Rettung« (Search and Rescue: SAR) in der Arktis und zwei Jahre später beschlossen sie eine Einigung zur Bekämpfung arktischer Ölverschmutzung durch Öltransport und Förderung. Dies sind die ersten rechtlich bindenden Vereinbarungen, die vom Arktischen Rat verabschiedet wurden. Damit bleibt der Arktische Rat eine der wichtigsten Institutionen, um die Beziehungen in der Arktis zu regeln. Zusammen mit der Einrichtung eines Ständigen Sekretariats in Tromsø, Norwegen, deuten diese Entwicklungen darauf hin, dass sich der Arktische Rat von einer funktionalistischen Organisation ohne rechtlich bindende Regelungen zu einer Einrichtung mit umfassenderen Kompetenzen und dauerhaften Verwaltungsstrukturen wandelt. Insbesondere das SAR-Abkommen wird als entscheidend angesehen, nicht nur weil es die erste rechtlich bindende Vereinbarung ist, sondern weil es auch sicherheitsrelevante Aspekte umfasst. Als der Arktische Rat im Jahre 1996 gegründet wurde, bestanden die USA darauf, klassische Sicherheitsthemen gänzlich auszuschließen.

Diese Veränderungen könnten allerdings auch den Beginn einer kontroverseren Ära in der Arktis einläuten. So hat die Transformation des Arktischen Rates zu einer zunehmenden Politisierung der Organisation auf Kosten der bisherigen funktionalistischen Herangehensweisen

an wissenschaftliche Themen wie Umwelt und Sozialpolitik geführt. Einen ersten Eindruck einer solchen Politisierung bot der kanadische Boykott der Sitzung einer Arbeitsgruppe des Arktischen Rates in Moskau im April 2014. Allerdings blieb dies bislang das einzige Mal, dass Konflikte außerhalb der Region die Zusammenarbeit in der Arktis derart beeinträchtigt haben. Einige Beobachter weisen gerne darauf hin, dass der russische Außenminister Sergej Lavrov bei dem amtlichen Treffen des Arktischen Rates in Iqaluit, Kanada, im Jahre 2015 nicht dabei war. Allerdings sollte man nicht vergessen, dass Russland das Treffen nicht etwa boykottierte, sondern stattdessen seinen Umweltminister schickte. Diese Praxis ist keineswegs neu. In der Vergangenheit schickten auch Kanada und einige andere arktischen Staaten andere Regierungsvertreter als ihre Außenminister zu dem Treffen. Unterdessen gehen die alltäglichen Angelegenheiten in den Arbeitsgruppen ihren geregelten Gang und die Zusammenarbeit im Bezug auf SAR in der Arktis verläuft ohne Probleme.

Ein weiteres Problem könnte durch die zunehmende Inkonsistenz in den Politikprioritäten des Arktischen Rates entstehen, da dessen Vorsitz alle zwei Jahre rotiert. Zurzeit kann man das bei dem Wechsel von Kanada zu den USA beobachten. Während sich Kanada gezielt für wirtschaftliche Entwicklung für die Bewohner der Arktis einsetzte und die Gründung des Arktischen Wirtschaftsrates vorantrieb, ist die US-amerikanische Agenda dem übergeordneten Thema des Klimawandels gewidmet. Diese Unterordnung der Arktispolitik unter allgemeinere Ziele der Obama-Regierung passt gut in die Charakterisierung der USA als unwillige arktische Macht.

Die Platzierung der russischen Flagge im Jahre 2007 ließ viele Betrachter befürchten, dass die arktischen Staaten nun um die exklusiven Rohstoffnutzungsrechte außerhalb ihrer 200-Seemeilen AWZ wetteifern würden. Die Medien interessierte dabei besonders, wem der Nordpol gehören würde. Laut dem SRÜ können Meeresanrainer ihre AWZ verlängern, wenn sie wissenschaftlich belegen können, dass ihr Festlandssockel weiter als 200 Seemeilen in das Meer hinausragt. Sie müssen diesbezügliche Anträge an die Internationale Meeresbodenbehörde (ISA) stellen. Norwegen hat dies bereits getan und der Antrag ist 2009 beschieden worden. Russland hat seinen revidierten Antrag im August 2015 eingereicht, nachdem der erste Antrag von 2001 als unvollständig zurückgewiesen wurde. Dänemarks Antrag wurde im Dezember

2014 unterbreitet. Genauso wie der russische Antrag beansprucht er den Nordpol als Teil des verlängerten Festlandssockels. Kanada hatte geplant, seinen Antrag im Dezember 2013 vorzulegen, reichte allerdings nur vorläufige Informationen ein und bat seine Wissenschaftler, weitere Untersuchungen anzustellen und den Nordpol in den Antrag mit einzuschließen. Obwohl die verschiedenen Anträge zu überlappenden Ansprüchen führen werden, muss man doch auch darauf hinweisen, dass sich alle an die internationalen juristischen Regularien gehalten haben. Die ISA wird einige Jahre benötigen, bis sie über die Anträge entscheiden wird. Aber dann wird es spannend sein, wie die Staaten über ihre maritimen Grenzen verhandeln werden.

Die arktischen Staaten respektieren nicht nur bestehende internationale Normen und folgen internationalen Regularien, wenn es um die Verlängerung des nationalen Festlandssockels geht, sie kooperieren auch, wenn es um den Schutz der verbleibenden internationalen Gewässer in der Arktis geht. Im Juli 2015 einigten sich die fünf Arktisanrainer Kanada, USA, Dänemark/Grönland, Russland und Norwegen (die sogenannten Arktischen 5) auf ein Fischereimoratorium in der Arktis. Während Umweltschützer das Abkommen begrüßten, wurde es von Island, einer bedeutenden Fischereination und Mitglied des Arktischen Rates, kritisiert. Die Kritik ließ ähnliche Vorwürfe widerhallen, die eine exklusive Kooperation der Arktischen 5 auf Kosten der drei Nichtanrainer im Arktischen Rat (Island, Finnland und Schweden) sowie den permanenten Teilnehmern, von denen ein Großteil indigene Bevölkerungsgruppen im Arktischen Rat vertreten, befürchteten. Die Arktischen 5 wurden zum ersten Mal im Mai 2008 zum Problem, als sie sich unter Ausschluss der anderen Mitglieder des Arktischen Rates in Grönland trafen und die sogenannte Erklärung von Ilulissat verabschiedeten, mit der sie in erster Linie die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen suchten, dass die Arktisanrainer den bestehenden internationalen (SRÜ) und zirkumpolaren (Arktischer Rat) Regimes folgen würden. Seit März 2010, als die US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton Kanada offen dafür kritisierte, dass zu dem Treffen der Arktischen 5 in Chelsea, Québec, keine indigenen Gruppen eingeladen waren, hatte es nur noch Treffen der acht Mitgliedsstaaten des Arktischen Rates (die Arktischen 8) gegeben. Allerdings könnte das Fischereimoratorium eine Rückkehr zu den Arktischen 5 signalisieren. In jedem Fall ist dies eine Einigung von Arktisanrainern über die Nutzung der interna-



tionalen Gewässer in der Arktis. Dies kann man als eine klare Positionierung gegenüber nicht-arktischen Staaten interpretieren, die ihrerseits Interesse daran haben, ökonomische Aktivitäten wie Fischerei und Rohstoffexploration im internationalen Gebiet der Arktis zu regulieren.

4. Neue Sicherheitslandschaft und zukünftige Herausforderungen

Wissenschaftliche Diskussionen haben die Vielfältigkeit der Bedingungen und des Umfeldes in der Arktis hervorgehoben und das Sicherheitsnarrativ um Begriffe wie menschliche, ökologische und wirtschaftliche Sicherheit erweitert. Statt eine mögliche Militarisierung der Arktis zu konstatieren sollte man die Versuche aller arktischen Staaten honorieren, SAR-Kapazitäten und Interoperabilität aufzubauen. Statt darauf zu hoffen, dass globale Energiesicherheit durch Exploration in der Arktis gewährleistet werden kann, sollte man zunächst versuchen, lokale Energieunsicherheiten zu beseitigen. Viele der entlegenen Gemeinden in der Arktis sind von Dieselöl abhängig, welches in die Arktis transportiert werden muss. Ernährungssicherheit, Infrastrukturbedarf, insbesondere beim Wohnungsbau, sowie wirtschaftliche Entwicklung stellen die zukünftigen politischen Heraus-

forderungen in der Arktis dar, wenngleich nicht überall. Statt Verwaltungs- und Wirtschaftsmodelle von außen in die Arktis zu importieren sollte man sich die existierenden lokalen und regionalen Modelle wie beispielsweise solche Strukturen, die Mitbestimmung bei Rohstoffförderung ermöglichen, etwas näher ansehen. Eine der größten Herausforderungen wird darin bestehen, lokale Erfordernisse, nationale Politik und globale Bedingungen miteinander zu vereinbaren. Obwohl es verständlich ist, dass arktische Staaten die Legitimität nicht-arktischer Staaten in Frage stellen, so müssen sie doch auch erkennen, dass eine Vielzahl der Entwicklungen in der Arktis von Protagonisten außerhalb der Arktis ausgehen. Dazu gehören etwa der Klimawandel und die Rohstoffförderung. Die Arktis ist gleichzeitig einzigartig und integraler Bestandteil internationaler Wirtschafts- und Politikräume. Diese Dualität wird zudem noch durch das sogenannte arktische Paradox verstärkt. Das Verbrennen fossiler Brennstoffe hat maßgeblich zum Klimawandel beigetragen, der wiederum das Polareis zum Schmelzen gebracht hat. Die daraus resultierende verbesserte Erreichbarkeit und Zugänglichkeit der Arktis hat nun zur Folge, dass die weitere Förderung und Verbrennung fossiler Brennstoffe erleichtert wird, d. h. die Aktivität, die überhaupt erst zum Schmelzen des Polareises geführt hat. Arktische Politik ist in der Tat sehr komplex.



Über die Autorin

Dr. Petra Dolata ist Professorin mit dem Fokus auf der Geschichte der Energie an der Universität Calgary, Kanada. Sie ist Expertin für die Region Nordamerika und beschäftigte sich mit Themen in den Bereichen internationale Geschichte und internationale Beziehungen. Vor ihrer Tätigkeit an der Universität Calgary war Dr. Dolata Dozentin für internationale Politik und Kriegsstudien am King's College London sowie für nordamerikanische Geschichte an der Freien Universität Berlin. Der Schwerpunkt ihrer aktuellen Forschungsarbeit beinhaltet die Geschichte der Energie in Europa und Nordamerika nach 1945 sowie die Geschichte und Politik der kanadischen Arktis und nördlichen Polarregion. Ihre bisherigen Veröffentlichungen thematisierten u. a. die kanadische Außen- und Arktispolitik, die transatlantischen Beziehungen und das Konzept der Energiesicherheit.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.